

## P r o t o k o l l

über die Verhandlungen des Landtages am 29. ~~Oktober~~ September 1924.

Anwesend sind alle Abgeordneten,

Regierungsvertreter: Reg. Chef Schädler,

Den Vorsitz führt Präsident Dr. Beck.

Beginn der Sitzung 3/4 10 Uhr.

Präsident: eröffnet die Sitzung und gibt bekannt, dass das Viehveredlungsgesetz im Entwurfe von der Regierung eingebracht worden sei.

Regierungschef: Erwähnt ebenfalls das Viehveredlungsgesetz. - Bekanntlich sind im Einführungsgesetze 12 Feiertage aufgenommen, wogegen das Fabrikgesetz nur deren 8 zulässt. Wir hatten daher einige Schwierigkeiten und die Sache musste in Bern nochmals anhängig gemacht werden. Der Bundesrat hat seinen Beschluss revidiert und unseren Wünschen entsprochen.

Bezüglich des Pensionsgesetzes habe die Regierung mit einem Mathematiker Rücksprache genommen. Ein Entwurf lag nun bereits vor, war aber noch ~~noch~~ nicht verhandlungsreif. Der Entwurf ging an den Verfasser zurück, er denke aber dass <sup>an-</sup>fangs Jänner <sup>zweite</sup> der Entwurf vorliege.

Der Jahresbericht für 1923 sei wegen vieler Arbeit der Regierung sehr verspätet fertig gestellt worden. Der grösste Teil des Berichtes war schon im Februar fertig, der andere Teil aber konnte erst viel später angefertigt werden. Die Regierung hätte den Bericht lieber früher herausgegeben. Dieser werde aber morgen dem Landtage überreicht werden.

Peter Büchel: erkundigt sich wegen des Viehveredlungsgesetzes. Er habe keine Vorlage erhalten.

Präsident: stellt fest, dass dasselbe nur in einer Ausfertigung vorliege.

Eingegangen sei auch ein Gesuch der Beamten/<sup>Lehrer</sup> und Angestellten um Gehaltsregelung.

Im Uebrigen stehe heute der Landesvoranschlag zur Beratung, die Abgeordneten haben einen ausführlichen Bericht dazu bekommen, wie bisher selten. Man wollte die Abgeordneten aufklären, namentlich auch bezüglich der vorliegenden Gesuche und über die Steuerbelastung. Zudem habe sich die Finanzkommission zu diesem ausführlichen Berichte entschlossen, um den Abgeordneten die



Möglichkeit zu geben, die Gesuche zu studieren. Darum seien auch allen Abgeordneten auf den Tisch noch Abschriften aller Gesuche gelegt worden. Was den Landesvoranschlag betrifft, so ist darin nur das ordentliche Budget für die Post enthalten, nicht aber das ausserordentliche für dieses Departement. Im ausserordentlichen Budget für die Post seien dann die Bauarbeiten aufzunehmen. Auch für den Strassenbau nach Triesenberg ist ein ausserordentliches Budget auszuarbeiten. Bei den Amortisationen sei beim Betrage von 200 000 Franken eine erste Rückzahlungsrate mit 10.000 Franken vorgesehen. Es sei der Kommission nicht leicht gewesen, den Landesvoranschlag aufzustellen. Wäre mehr Geld vorhanden gewesen, so hätte man da und dort noch mehr geben können. Aber die Abgeordneten seien auch die Vertreter der Steuerträger. Nach seiner Ansicht sei die Erwerbsteuer zu hoch und drückend. Es sei eine Frage des Landtages, ob hier entgegen zu kommen sei. Es gehe nicht, dass arme Fabrikmädchen mehr zahlen, als gute Bauern. ~~Es~~ Sache des Landtages sei es, darüber zu beraten und zu taten. Im Budget sei auch noch nichts enthalten über die Riedentwässerung. Doch liege das Projekt auch noch nicht vor. Es seien aber die bezüglichen Kosten für 1925 zu bestreiten.

Wir werden bei den einzelnen Posten noch sprechen, und schreiten jetzt zur 1. Lesung des Voranschlages.

Gubelmann : beginnt mit der Lesung.

Beim Titel Landtag Büroauslagen werden für Regierungssekretär Nigg für die Besorgung der Kanzleiarbeiten noch 300 Franken Nachzahlung beschlossen.

Präsident: verliest aus der Botschaft die Gesuche der Beamten, Lehrer und Angestellten, dazu die Liste der st. gallischen Lehrergehalte. Er bemerkt, dass zu dieser Liste noch Aufklärung gegeben werde, da ihm mitgeteilt wurde, dass diese Liste nicht stimme. Er fährt in der Lesung der Gesuche vorwärts und liest auch das Schreiben der Steuerverwaltung. Heute



Sei nun noch ein Gesuch der Lehrer, Beamten und Angestellten eingegangen, das er ebenfalls vorliest.

Die Gesuche stehen zur Debatte. Die Finanzkommission habe einzig mit Rücksicht auf den finanziellen Stand der Landeskasse die Gesuche abgewiesen. Denn ein Punkt, in den Staatseinnahmen, von dem wir noch nicht wissen, wie er ausfällt, ist die Kouponsteuer. Die Briefmarkeneinnahmen seien sehr vorsichtig budgetiert, es könnte auch mehr Geld eingehen. Die Finanzkommission konnte aber nicht auf andere Einnahmen abstellen. Wenn Einnahmen zufallen, sind wir dafür dankbar. Für die Zollgebäude sind 6400 Franken Mietzins neu eingesetzt. - Er möchte auf diese Momente hinweisen. Uebrigens sei man mit den Gehalten schon letztes Jahr hinauf gegangen gegen den Abbau von 1921/22.

Die Gehaltsregelung soll ~~aber~~ in Verbindung mit dem ausstehenden Pensionsgesetze aber doch untersucht werden. Den Steuerträgern sei heuer auf Weihnachten der Steuerzettel zugegangen. Welche Aufnahme dieser gefunden habe, wisse jeder. Die Finanzkommission glaubte nicht, auf die Gesuche eingehen zu können. Die Angelegenheit steht aber zur Debatte, die Herren Abgeordneten mögen diese reichlich benützen.

Wachter: Vor einem Jahre habe man die Sache nur provisorisch gemacht. Jetzt könnte man dann aber eine Uebersicht bekommen, wie die Sache sich stelle. Er möchte aber empfehlen, dass die Gehaltsregelung bald ~~genau~~ in Angriff genommen werden soll. Wer bei den Vertragsangestellten sei, das interessiere ihn.

Regierungschef: Die Beamten haben sich jetzt in einem Verbande zusammengefunden. Der Sparkasseverwalter Thöny zähle nicht mehr mit. Bei den Vertragsangestellten seien alle jene, die seit 2 Jahren angestellt worden seien: ~~Eberle~~ die Kanzlisten Eberle und Kaiser, Hilfsbeamter Negele und die Amtsdienner Beck und Vogt. Es haben sich dem Verbande, ~~Wieder~~, auch die Lawenawerksangestellten angeschlossen, die Vertragsangestellten werden ~~wenigstens~~ von Ing. Quaderer vertreten.



Wachter: Die Vertragsangestellten seien für das Land ein Unding. Es komme ihm komisch vor, dass Privatngestellt ~~Vertreter~~ Vorsitzende des Verbandes sein können.

Peter Büchel: Der Vorredner habe angedeutet, dass das Vertragsverhältnis ein Unding sei. Abg. Gassner habe schon früher das Gleiche gesagt und er habe dessen Ausführungen damals unterstützt. Das Vertragsverhältnis werde sich nicht behaupten können, es sei nicht im Interesse des Landes. Man soll die schweizerischen Verhältnisse in Anschlag <sup>nehmen</sup>. Wenn das Land mit einer Versicherung einen Vertrag mache und 7 %, die Beamten aber 5 % zahlen würden, kommen wir billiger davon und die Vertragsangestellten seien für das Alter versorgt.

Gassner: Ein Ansuchen finde er berücksichtigungswürdig, da die Beamten jetzt jedes Jahr kommen müssen. Denn die Gehaltsansätze seien noch die gleichen wie früher. Er möchte es schon begrüßen, wenn etwas definitives geschaffen würde.

Wachter : Er habe bei den Beamten auch die Vertretung der Postangestellten gesehen, nach seiner Ansicht seien diese aber wie <sup>in der</sup> die Schweiz gehalten worden.

Präsident: Der Art. 8 des Postvetrages sprache von einer Gleichstellung. Tatsächlich sei dies aber nie der Fall gewesen. Der Vertreter der Post habe sich auf das Recht berufen. Es seien aber Schritte im Gange, den betreffenden Artikel zu ändern. Es gehe nicht an, die Postbeamten besser zu bezahlen als die andern Staatsbeamten. Derzeit seien 75 %/in Aussicht genommen <sup>der schweiz. Ansätze</sup>. Es gehe nicht an, dass der Landrichter weniger Gehalt habe als ein Postbeamter. Die Gehaltsfestsetzung müsse aber mit der Oberpostdirektion einvernehmlich geschehen.

Wachter: Das der wirtschaftliche Aufschwung durch den Zollvertrag nicht in einem Halbjahr kommen könne sei ihm klar. Darum sollen auch die Gehalte nach und nach in die Höhe gehen. Aber auf einmal könne das nicht gehen.

Peter Büchel: Ueber das Ansuchen der Angestellten könne man verschiedener Ansicht sein, aber er werde Gassner unterstützen. Die Angestellten führen aus, dass die Teuerungszulage als festes Gehalt bezeichnet werde. Das sei nicht unbegründet.



Die Teuerung wird nicht mehr zurückgehen, sie wird sich halten. Diese Teuerungszulage sollte man in festes Gehalt verwandeln, wenn man schon nicht dafür ist, dass das Gesuch voll berücksichtigt wird.

Präsident: Vielleicht könnte man einfach das Wort Teuerungszulage streichen und einfach Zulage sagen. Man habe nie die Absicht gehabt, die Zulage zu streichen.

Wachter: Nach seiner Ansicht sei die Angelegenheit nicht spruchreif, dass man einfach die letztjährigen Ansätze als Gehalt/ bezeichne. Es werden dann vielleicht noch andere Zahlen herauskommen, wenn alles richtig vorgerechnet wird. Er möchte vielleicht den einzelnen heute noch mehr geben. Die Regulierung soll aber bald geschehen.

Präsident: Er ~~selbst~~ weist auf die Arbeiten der Regierung hin, die noch sehr viel zu bewältigen habe. Bei der ganzen Angelegenheit müsse er aber immer wieder auf die Steuerträger hinweisen, es gehe nicht an, immer gegen die Steuern zu agitieren und dann mehr Gehalt zu verlangen.

Wachter: Er sei missverstanden worden, er habe von den heutigen Verhältnissen gesprochen.

Regierungschef: Der Standpunkt der Regierung sei

1. die Vertragsbeamten in das Pensionsverhältnis zu übernehmen, denn diese seien teurer als die anderen Beamten. Er würde sie in das Pensionsverhältnis aufnehmen.
2. Die Teuerungszulagen sollen in den Gehalt eingerechnet werden.
3. Die Regierung sei nicht dafür, dass eine Gehaltsregelung auf Kosten <sup>(von</sup> ~~der~~ <sup>Erhöhung</sup> Steuern gemacht werde.

Das Steuergesetz habe sich anders ausgewirkt, als man erwartet habe. Er sei davon bisher nicht befriedigt. Mit einer Steuererhöhung könne er sich nicht einverstanden erklären.

Peter Büchel: Was der Regierungschef ausgeführt habe, nämlich ~~das~~ <sup>das</sup> die Vertragsbeamten teurer seien, habe er schon früher betont. Die Regierungsauskunft sei für ihn keine Ueberraschung. Wir



werden in absehbarer Zeit dazu kommen, mit den Vertragsbeamten aufzuräumen. Auch das jetzige Gehaltsschema lasse sich nicht halten. Das könnte Misstände erzeugen, die im Volk und in der Beamtenschaft nicht verstanden würden. Er sei dafür, dass zu gegebener Zeit ein Gehaltsschema aufgestellt werde. Das jetzige Schema sei nur ein Notbehelf.

Präsident: 1921/22 seien keine Landesbeiträge ausgeworfen worden. Wenn man das jetzt wieder machen wolle, könnte man schon etwas anderes tun und die Steuer noch herabsetzen. Es frage sich dann aber, was dieser Staat noch für einen Wert habe. Er mache auf diesen Unterschied ausdrücklich aufmerksam.

Wachter: Es sei noch zu früh, jetzt schon die Landesbeiträge anzuschneiden. Wir sollen die Verhältnisse in der Schweiz ansehen.

Regierungschef: Es liegen im ganzen 29 Gesuche vor. Alle wollen etwas haben, Es dürfte sich ~~empfehlen~~ empfehlen, das ganze Budget einmal durchzulesen. Was Büchel wegen des Gehaltsschemas sagte, sei richtig. Er könne aber verraten, dass bei der Regierung im Dezember an jedem Sonntag und Werktag Abends oft bis  $\frac{1}{2}$  11 Uhr gearbeitet wurde. Wir haben auch sonst noch sehr viel zu tun und sind noch auf 6 - 7 Monate voll beschäftigt. Er nennt die vielen Vorlagen, die noch zu bearbeiten sind.

Wachter: Er möchte nur empfehlen, dass das Gehaltsgesetz eines der ersten sein soll.

Präsident: fährt in der Lesung des Voranschlages weiter. Pensionsgesuch Hartmann. Die Finanzkommission habe sich nur unter der Bedingung mit der Pensionierung einverstanden erklärt, dass dieselbe unter Vorbehalt des neuen Pensionsgesetzes und der eventuellen Wiederverwendung erfolge.

Regierungschef: liest das Gesuch Hartmanns vor und auch das ärztliche Zeugnis.

Peter Büchel: Er wäre der Meinung, dieses Gesuch in einer eigenen Landtagssitzung zu behandeln. Wir haben hier ein drastisches Bild, was von einem Beamten in vielen Jahren verlangt werden.



Hartmann habe in seinem Gesuche geschildert, dass er nicht 10 Wochen Urlaub gehabt habe. Hartmann habe ein grosses Risiko ~~in~~ mit dem Geldverkehr gehabt und sei immer mit Zahlen beschäftigt gewesen. Man habe es ihm angesehen, dass er überarbeitet war. Den Parteien sei Hartmann bis zur äussersten Grenze entgegen gekommen. Heute sei Hartmann ein ruiniertes Mann. Bei einem solchen Manne sei es Pflicht entgegenzukommen. Er würde es als grosse Ungerechtigkeit empfinden, wenn man einem solchen Manne nicht entgegenkommen würde. Er möchte empfehlen, dass der Landtag dieses Gesuch berücksichtige.

Präsident: bemerkt zur Aufklärung, dass Hartmann im Landesdienste verblieben sei und nicht von der Sparkasse übernommen wurde.

Wachter: Ihn interessiere nur die Auswirkung dieser Pensionierung.

Regierungschef: Hartmann sei 1897 angestellt worden. Nach einer noch geltigen gesetzlichen Bestimmung sind von der provisorischen Dienstzeit drei Jahre in das Definitivum einzurechnen. Hartmann habe also 30 anrechenbare Jahre, das sind 80 % Pensionsberechtigung oder jährlich 3200 Franken.

Gubelmann: liest im Voranschlag weiter.

Peter Büchel: Warum mehr für Schreibrequisiten eingesetzt wurde.

Regierungschef: gibt Auskunft über den Ankauf einer neuen Schreibmaschine. Diese wurde dadurch nötig, dass nur erstklassiges Material die Arbeit fördere. Auch sonst brauchen wir sehr viel Material. Für 1926 werden wir weniger anzuschaffen haben. Die Schreibmaschine allein kostete 800 Franken.

Gubelmann: ~~Maximilian~~ Liest weiter.

Peter Büchel: Man möchte ihn nicht missverstehen, wir seien ja hier, um zu sprechen. Das Porto sei doch allgemein zurückgegangen und doch sei mehr eingesetzt.

Regierungschef: gibt hiezu sehr ausführliche Auskunft und verweist auf die Rechnungsergebnisse für 1923. Er glaube, die eingesetzte Summe sei angemessen.



RPeter Büchel: Er möchte, dass auch hier gespart werde und möglichst wenig für Telephon und Telegramme ausgegeben werde, z. B. sollen die Abgeordneten mit Briefen verständigt und eingeladen werden.

Präsident: schliesst sich den Sparanträgen an, klärt aber auf, dass es sich hier um einen durchgehenden Posten handle.

Regierungschef: Er wollte das auch feststellen, was der Präsident gesagt habe. Bei der Verwaltung geben wir aus und bei der Post nehmen wir ein. Wir telegraphieren deshalb, weil gebrannte Kinder das Feuer fürchten. Wir hatten 1924 150 Sitzungen. Wenn irgend ein Referent komme<sup>und es erle</sup> sei es das Sicherste, wenn man die Sitzung telegraphisch einlade. Der Briefverkehr sei ~~in~~ <sup>wenn es pressbare, nicht nur er</sup> sehr unzuverlässig. Er habe deswegen schon sehr viel Vorwürfe einstecken müssen. Zudem sei die Einberufung zu einer Sitzung oft sehr dringend. Uebrigens wird der Wunsch berücksichtigt.

Gubelmann: liest weiter.

Regierungschef: gibt zum Posten verschiedene Ausgaben ausführliche Auskünfte. Die Kontrollierung der Landeskasse allein habe 1060 Franken an einem Posten gekostet. Hier müsse er einen Augenblick einhalten. Die neue Buchhaltung habe sich sehr bewährt. Die Kontrollstelle habe aber auch am Rechnungsabschluss usw. mithelfen müssen. Das dürfe nicht mehr vorkommen, da müsse abgebaut werden. Jetzt seien bei der Landeskasse 2 Beamte. Nach Ansicht der Revisionsstelle würde ein Beamter die Stelle sehr leicht bewältigen können. Die Zusammenstellung der Rechnung habe aber grosse Schwierigkeiten bereitet. Es sei vorgesehen, dass die Beamten die Rechnung künftig selbst machen und der Revisionsbeamte die Rechnung einfach revidiere.

Gubelmann: liest weiter. Titel Gesandtschaft.

Präsident: Die Gesandtschaft werde vielfach angefochten. Der Gesandte sei aber sehr viel tätig, namentlich auch für den Fürsten bezüglich der Güter in der Cechoslovakei. Soviel er wisse, soll bezüglich der Gesandtschaftskosten vom Fürsten



etwas geschehen. Prinz Franz bestehe energisch darauf, dass die Gesandtschaft bestehen bleibe. Er wisse auch, dass es der feste Wille des Landesfürsten sei, die Gesandtschaft aufrecht zu erhalten. Doch habe er für all dieses noch nichts schriftliches.

Peter Büchel: Es freue ihn, dass der Präsident diese Ausführungen gemacht habe. Wie angezogen wurde, bestehe im Volke die Absicht, die Gesandtschaft aufzulassen. Er möchte nur wünschen, dass eine ruhige Erklärung veröffentlicht werden, dass die Gesandtschaft vorläufig noch fortbestehen müsse. Ein Laie könne sich sonst kein Bild machen. Aus den Ausführungen des Präsidenten ersehe er aber, dass die Gesandtschaft noch nötig sei.

Regierungschef: gibt vertrauliche Auskünfte, die nicht in das Protokoll aufgenommen werden sollen.

Präsident: Er könne nur noch einmal sagen, dass Fürst und Prinz Franz der Meinung seien, die Gesandtschaft solle fortbestehen. Er sei auch der Ansicht, dass zu gegebener Zeit eine Aufklärung gegeben werde.

Gubelmann: liest weiter. Titel Schule.

Präsident: Pension der Oberlehrerswitwe Frommelt. Die Kommission habe auch hier unter Vorbehalt des neuen Pensionsgesetzes beantragt.

Regierungschef: liest das Gesuch der Witwe Frommelt.

Peter Büchel: Für Professor Dr. Wiedemann seien 200 Franken mehr eingesetzt. Es möchte das bezügliche Gesuch verlesen werden.

Regierungschef: Ein Gesuch liege nicht vor, aber Wiedemann sei zu verschiedenen Malen um die Aufbesserung vorstellig geworden. Im Vergleich zu den anderen Beamten sei Dr. Wiedemann schlecht bezahlt.

Peter Büchel: fragt, ob die Angelegenheit erledigt sei, wenn heute darüber hinweg gegangen werde.

Präsident: gibt Auskunft, dass noch eine 2. Lesung komme.

Regierungschef: liest das Gesuch Lehrer Hasslers um die Anerkennung des Vollgehältes und gibt dazu eingehende Aufklärung.

3 Mitglieder des Landesschulrates haben das Gesuch Hasslers



befürwortet. Hassler habe soviel Dienstjahre als ~~Hassler~~ Büchel-Balzers, der den Vollgehalt bezieht. Hasler ersucht ebenfalls um Zuerkennung des Vollgehaltes, den er ohnehin am 1. Jänner 1928 erreichen würde. Die finanzielle Tragweite sei 100 Franken jährlich.

Präsident : bemerkt, dass in diesem Punkte die Kommission nicht einstimmig war.

Peter Büchel: Wie er schon früher betont habe, sei das Gehaltsschema mangelhaft. Man habe schon lange einzelnen wieder etwas zuerkannt, wenn man glaubte entsprechen zu müssen. Das werde bei den Beamten nicht gerne gesehen und auch bei Abgeordneten nicht. Es gebe nur eines: entweder berücksichtige man den ganzen Beamtenstand oder man höre mit den individuellen Vorrückungen auf, wie das in den letzten Jahren praktiziert wurde.

Präsident: fragt, ob Büchel einen Antrag stelle.

Peter Büchel: er werde in der zweiten Lesung darauf zurückkommen.

Gubelmann: liest weiter.

Quaderer: Für die Katecheten der Landesschule und der Sekundarschule sei etwas eingesetzt, nicht aber für den Schaaner Kaplan für die Patorierung von Planken, wofür bisher 200 Franken bezogen wurden. Für 1924 sei der Betrag aber nicht mehr bezahlt worden. Er würde Auszahlung beantragen, da der Weg <sup>zumal im Winter</sup> schlecht sei.

Regierungschef: <sup>findet den Antrag gerechtfertigt</sup> ~~gibt Auskunft~~. Es sei auch ein Gesuch von Eschen für die <sup>Be</sup>versorgung von Nendeln vorgelegen, das auch abgewiesen wurde. Man habe gesagt, die Gemeinden sollten etwas geben. Hofkaplan Geldenbott sei in dieser Sache aber auch an den Fürsten gelangt.

Präsident: Die Geistlichkeit habe ein Gesuch eingebracht, in welchem sie die Gehaltsregelung anders ansehe als die Beamten. Er liest das Gesuch und den Kommissionsantrag vor.

Er habe sich sagen lassen, dass dieses Gesuch nicht allen Geistlichen gefallen habe und dann sei er darauf aufmerksam gemacht worden, und zwar von geistlicher Seite, ein Gutachten über die Bezahlung der Geistlichen nach dem kanonischen Rechte einzuholen.



Regierungschef: Wir bekommen ein Gutachten von einer Autorität, doch ist es uns nicht möglich geworden, das Gutachten schon jetzt vorzulegen. Es handle sich um die Feststellung, ob nach dem kanonischen Rechte das Land und die Gemeinden zur Zahlung herangezogen werden können.

Peter Büchel: Es sei ihm aufgefallen, dass für einzelne Beamte mehr Gehalt bewilligt werde, aber für andere nicht. Es gebe nur eines, entweder allen oder keinem etwas zu geben. Die Geistlichen versehen den ~~Dienst~~ Religionsunterricht an den Schulen und es sei Pflicht des Landes, hiefür etwas zu tun. Das Land gab bisher hiefür nichts. Es sei daher nicht unbillig, etwas zu geben, wenn man schon etwas geben wolle. Anders sei es aber, wenn man nichts gebe.

Wolfinger : Er habe einen andern Standpunkt, die Herren seien schon anderswo bezahlt. Für die paar Stunden für die Kinder gäbe er nichts. Mit was diese Herren dann den Himmel verdienen. Der Hergott habe gesagt; Umsonst habt ihr es empfangen, umsonst sollt ihr es geben.

Wachter: Er begrüße es, dass endlich ein Gutachten geschaffen werde. Denn bisher bestehen viel zu grosse Unterschiede.

Peter Büchel: Auf die Ausführungen Wolfingers lasse er sich nicht ein. Er stelle fest, dass ein Geistlicher in Mauren & Schulen zu besorgen habe. Der Geistliche müsse Tag und Nacht rennen, und seine Gesundheit opfern. Der Pfarrer müsse auch eine anständige Haushälterin haben und habe sonst grosse Auslagen. Er vertritt den Standpunkt, dass das Geld nicht hinausgeworfen sei.

Quaderer: kommt zurück, auf die Zulage für Planken. Es handle sich nicht um eine neue Ausgabe, sondern die Zulage sei schon früher bewilligt gewesen. Es gehe nicht an, die Auslagen der Gemeinde Planken zuzuweisen, denn Planken stehe wirtschaftlich nicht gut. Er ersucht um Bewilligung.

Peter Büchel: Wenn er sich nicht täusche, seien die gleichen Verhältnisse wie für Planken auch für Mauren und Eschen bestanden. Früher wurde das Geld ausbezahlt und jetzt nicht mehr. Eschen könne er wegen seinem Bruder nicht befürworten. ¶ Er beantragt im Uebrigen gleiches Recht für alle.



Präsident: Es bestehe nunmehr für Planken, Eschen und Mauren ein Antrag.

Peter Büchel: Es liege für Wiedemann kein Gesuch vor und auch für Mauren und Eschem nicht.

Präsident: Den Antrag Quaderer müsse er behandeln.

Peter Büchel: Er sei damit einverstanden, werde aber bei dem allgemeinen Gesuche Stellung nehmen.

Präsident: Die Finanzkommission habe nur vorläufig abgelehnt, bis das Gutachten da sei. Im uebrigen sei er der Meinung, dass man einen Druck ausübe, dass die Gemeinden die gegenwärtigen Gehalte an die Geistlichen rechtzeitig auszahlen. So wie es jetzt geschehe, gehe es nicht. Man soll den Gemeinden die Ueberweisungen zurückbehalten und daraus die Gehalte auszahlen.

Wachter: weist auf das Gesetz, wonach <sup>erstel</sup> ~~17~~ jährlich im Vorhinein bezahlt werden müsse.

Präsidenten: Den Gemeinden soll nicht ausbezahlt werden, wenn sie die Geistlichen nicht bezahlen.

Peter Büchel: Das Gesetz für die Geistlichkeit sei nur ein Notbehelf gewesen und daher nicht vollkommen. Wenn wir dieses Gesetz nicht gehabt hätten, so hätten viele Geistliche bittere Not leiden müssen. Wir werden etwas Definitives schaffen müssen.

Präsident: Man soll auf pünktliche Bezahlung dringen.

Peter Büchel: Das sei in allen Gemeinden der Notstand gewesen.

Wachter: Es wundere ihn, dass das Gesuch eingegangen sei. Manche von den Massgebenden haben mehr Gehalt, als festgestellt sei. Er begrüße das Gutachten.

Regierungschef: es seien tatsächlich sehr viel Misstände bezüglich der Gehaltsauszahlung vorgekommen und die Gemeinden seien eingeladen worden, die Gehalte pünktlich auszusahlen. Bezüglich der Auszahlung durch die Landeskasse sei ein Gesuch vorgelegen, doch habe die Finanzkommission mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Landes abgewiesen. Es sei tatsächlich vorgekommen, dass Geistliche durch ein Jahr lang nicht bezahlt wurden.

Er fragt an, ob man wünsche, dass die Gehalte der Geistlichen



pünktlich durch die Landeskasse ausbezahlt werden oder ob man vor Auszahlung der Guthaben an die Gemeinden fragen soll, ob die Geistlichen noch etwas zu beziehen haben.

Wachter: empfiehlt die Auszahlung durch die Landeskasse.

Präsident: Er sehe nicht ein, warum man die Guthaben der Gemeinden nicht an die Geistlich bezahlen soll. Man brauche das Gesetz nicht zu ändern, sondern die Regierung soll das Gesetz einfach vollziehen. Er stehe zum Kommissionsstandpunkt. Man werde sich, wenn das Gutachten vorliegt, an einen Tisch setzen und verhandeln.

Kaiser: Es sei nicht gut eine Faust zu machen, wenn man keine Hand habe. Für eine kleine Gemeinde sei es schwer, die Gehalte rechtzeitig auszahlen. Die Steuern gehen zu spät ein.

Matt: Er könne sich nicht erinnern, dass für den Maurer Katacheten, der in Schaanwald den Religionsunterricht besorgt, einmal etwas bezahlt wurde.

Gubelmann: wenn man für ~~Marx~~ Planken etwas gebe, so solle man auch für Nendeln und Schaanwald etwas geben.

Marxer: Der Katechet von Eschen habe früher schon bezogen.

Wachter: Planken soll berücksichtigt werden, denn es sei schon zu schwer belastet-

Präsident: weist darauf hin, dass nur ein Antrag Quaderer vorliege. Er sehe nicht ein, wenn die Verhältnisse gleich liegen, soll alles gemacht werden. Er stelle daher auch diesen Antrag.

Peter Büchel: weist darauf hin, dass nur für Planken 200, für Mauren und Eschen aber 100 beantragt seien. Er ersucht, noch einmal, auf das Gesuch des Klerus einzugehen.

Präsident: Es liege ein Gegenantrag gegen den Kommissionsantrag vor.

Wachter: Nach seiner Ansicht sei das ein Gegenstand für sich.

Präsident: Der Antrag Büchellautet auf Stattgebung des Gesuches der Geistlichkeit, der Kommissionsantrag aber auf Verschiebung. Er lasse ~~sich~~ zuerst über den Antrag Büchel abstimmen.

Wachter: Er wisse nicht, warum wir heute darüber abstimmen, wenn wir doch morgen noch eine zweite Lesung haben.

Präsident: <sup>s</sup>teilt fest, dass der Antrag Büchel mit 3 Ja gegen 9 nein gefallen sei.

Die Abstimmung für Planken (200), Mauren und Eschen (je 100) lautet auf 8 ~~Nein~~ Ja und 4 Nein.

Mittagspause.



Fortsetzung  $\frac{1}{2}$  3 Uhr nachmittags.

Den Vorsitz führt Vizepräsident Marxer.

Sekretär Nigg verliest die Protokolle der Sitzungen vom 25. und 26. August <sup>12. Oktober</sup> und 4. November 1924.

Peter Büchel: Die Protokolle seien sehr lange ausgefallen, dennoch vermisst er mehrere seiner Ausführungen. Es fällt ihm auf, dass weniger wichtige Ausführungen aufgenommen wurden. Von anderen Abgeordneten seien die Ausführungen <sup>nicht oder</sup> entweder/sehr ~~unvollständig~~ verstümmelt aufgenommen worden. Er habe beispielsweise nicht die Trasse sondern die Strasse <sup>Korrigiert</sup> ~~korrigiert~~. Auch wegen dem Viehveredlungsgesetz habe er viel gesprochen. Namentlich auch über die Punktierungen bezüglich der Zuchtstiere für Mauren und für Eschen, wo wieder ein Tier weniger Punkte gebracht habe, als er in der Schweiz erhalten habe. Er habe ausdrücklich von kantonalen Punktierungen gesprochen und nicht gesagt, vor einigen Jahren sondern im letzten Herbst.

Das sei nicht nur mangelhaft protokolliert, sondern die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Ob aus Fahrlässigkeit oder Böswilligkeit lasse er dahin gestellt. Er lasse das nicht ohne Weiteres passieren und verlangt, dass dies im heutigen Protokolle festgestellt werden. Bei der Regierungsverordnung sei er ~~seiner~~ der ersten gewesen, die gesprochen haben. Er habe die Art. 3, 15, 16, 17, 18 genannt und habe ausdrücklich gesagt, was er dazu meine. Was nützt uns ein Stenograph, wenn er die Sache nicht so schreibt, wie sie gesagt worden ist. Er erwartet Antwort und behält sich vor, auf das Protokoll zurückzukommen.

Quaderer : <sup>die Absicht</sup> Es habe niemand gehabt, den Abg. Büchel zu verkürzen. Es sei auch wiederholt vorgekommen, dass der Stenograph abgetipptem sei und dass dann das Protokoll zu wenig genau geführt wurde.

Peter Büchel: Sein Vorwurf treffe nicht ~~zuletzt~~ die Schriftführer. Er habe beobachtet, dass viel nicht niedergeschrieben wurde. Das könne er verstehen, nicht aber, dass Entstellungen vorgekommen seien, das könne er nicht dulden. Ob es aus Fahrlässigkeit geschehen sei oder sonst, lasse er dahin gestellt. Es sei zu stark, Sachen zu schreiben, die er nicht zitiert habe.



Präsident Dr. Beck übernimmt wieder den Vorsitz.

Regierungschef: Er könne die Sache auch etwas ermessen, weil er selbst durch 2 bis 3 Jahre Schriftführer gewesen sei. Er könne aber auch sagen, dass vieles von ihm nicht aufgezeichnet wurde. ~~Das früher bei das nicht geschehen.~~ Wenn Büchel aber sage, dass eine Entstellung vorgekommen sei, so müsse er diesen Vorwurf zurückweisen. Er könne sich auch erinnern, dass Büchel einiges gesprochen habe, was nicht geschrieben sei. Er habe den Ausführungen Büchels entnommen, dass von einer Parteipolitik gesprochen wurde, der Schriftführer aber treibe keine Parteipolitik. Er schreibe nur von morgens bis abends und dann am Abend noch einmal. Es frage sich, ob wir noch einen Stenographen im Landtage haben wollen oder keinen mehr, wie früher. Die Regierung habe wenig Freude, dass ihr Sekretär durch 3 Tage im Landtag sitze. Man habe das nur auf sich genommen, um bessere Protokolle zu erhalten. Einige Einwendungen werden zu berücksichtigen sein, dagegen ist gegen den Anwurf ~~die~~ Böswilligkeit zu protestieren. Es sei für ihn Ehrensache, das hier festzustellen.

Peter Büchel: Er habe nicht behauptet, dass eine Böswilligkeit vorliege, er lasse sich <sup>von Regierungschef</sup> keine Rüge erteilen. Es soll alles geschrieben werden, was gesagt wurde, aber keine Entstellungen. Das sei sein Standpunkt.

Präsident: Er wisse nicht, um was es gehe, er habe bloss den Auftrag gegeben, dass der Sekretär das Protokoll führe. Das Protokoll müsse nur ein getreues Abbild der Verhandlungen geben. Was den Punkt anbetrifft, seien früher seine Reden stark verkürzt worden. Er lasse die Absicht aber dahin gestellt. Wenn etwas fehle, soll es berichtigt werden.

Peter Büchel: Er habe das bemängelt, was geschrieben worden sei, wenn der Sekretär im Saale anwesend gewesen sei. Er habe das Gefühl, dass noch viel mehr mangle, als ~~geschri~~ er wisse. Er habe leider nicht mehr notiert. Er lasse sich das nicht bieten, dass das Protokoll Sachen enthalte, was nicht gesagt wurde.

Präsident: Ob etwas zu berichtigen sei.

Peter Büchel: Er lasse sich herbei, mit den Herren Schriftführern zu verhandeln.



Präsident: Man könne das Protokoll mit den Schriftführern und Sekretär Nigg berichtigen.

Peter Büchel: Er stelle fest, dass er nicht glänzen wolle.

Regierungschef: Er stelle fest, dass in der Kanzlei nur mehr 2 Beamte seien und dass der Sekretär jetzt wieder durch 3 Tage abwesend sei. Nehmen Sie einen Debattenstenographen und entlasten Sie den Sekretär Nigg. Er habe es sehr ungern gesehen, dass man Nigg weggenommen habe. Er sei der Ansicht, dass nichts unterlassen worden sei im Protokoll. Das Ausarbeiten der Protokolle nehme sehr viel Zeit in Anspruch.

Präsident: Er müsse Nigg in Schutz nehmen. Etwas Unrechtes sei nicht vorgekommen. Er könnte dem Sekretär nur das beste Zeugnis ausstellen und würde wünschen, dass Nigg weiter als Stenograph bleiben würde. Er habe die Protokolle bisher zurückgestellt, weil Büchel ihm geschrieben habe, dass das Protokoll nicht in allem richtig sei. Das Protokoll soll ein richtiges Bild von den Verhandlungen geben.

Regierungschef: ersucht vom Standpunkte des Personals aus nochmals um Enthebung Niggs.

Präsident: Wenn niemand etwas einwende, würde er die Protokolle unter Vorbehalt genehmigen. Ebenso auch die Protokolle vom 2. Oktober (Bergstrassen-Begehung) und vom 4. November 1924.

Präsident: liest beim Titel Schule weiter.

Wachter: Ihm kommt es komisch vor, dass die Realschule in Eschen für Heizung 600 Franken koste und das Regierungsgebäude nur 5000. Er möchte Auskunft.

Regierungschef: gibt Auskunft, dass bisher für Reinigung und Heizung jährlich (ohne Heizstoff) 160 Franken ausgegeben wurden. Hierzu kommen noch die Auslagen für Kohlen, für Seife usw. Beim Regierungsgebäude gibt er ebenfalls Auskunft anhand des Sortierwerkes der Landesbuchhaltung. Beim Regierungsgebäude kommen für Heizung 2000 Franken zum Rückersatz.

Wachter: Es würde ihn freuen, wenn keine Scheinziffern aufgenommen werden. Die Bank soll in Einnahme und die Ausgaben in Ausgabe gestellt werden. Damit sei er aber noch nicht befriedigt,



denn die Realschule in Vaduz koste mit mehreren Zimmern nur 1000 Franken. Der Unterschied sei immer noch gross genug.

Regierungschef: klärt auf, dass in Vaduz nur  $\text{z} 2$  Zimmer <sup>regelmässig</sup> geheizt werden. Tatsächlich wurden in Vaduz für 1924 bis jetzt zirka 900 Franken ~~genötigt~~. Man sollte in Eschen ~~noch~~ beifügen: Schreibmaterialien.

Wachter: Die Realschule in Eschen bleibe ein Schmerzenskind. Es sei nicht der Mühe wert, wegen 600 Franken zu sprechen, aber es sei ein Schwindel. Man wolle aber einmal Ordnung machen. Wieviele Schüler denn seien.

Regierungschef: Etwa 12.

Wachter: Man solle einmal aufhören und die Schule samt dem Lehrer nach Vaduz nehmen. Es gehen auch von Mendeln Schüler nach Vaduz.

Regierungschef: Der Landesschulrat war der Ansicht, für Schüler aus dem Unterlande keine Stipendien mehr zu geben, wenn sie nach Vaduz in die Landesschule gehen. Er lade Wachter ein, die Rechnungen einzusehen.

Wachter: Er könne den Landesschulrat nicht begreifen, wenn er sagen, der Schüler müsse da und da hin in die Schule gehen.

Regierungschef: Es sei nicht so, man gebe nur keine Stipendien mehr. Der Schüler soll nicht entschädigt werden.

~~Reg~~ Wachter: Nachdem trotzdem, dass das Land die Schule in die Hand genommen hat, die Schule nicht besser besucht werden ~~würde~~, möchte er, dass der Sache einmal abgeholfen wird. Man solle eine Zentralschule in Vaduz schaffen.

Matt: Er könne Wachter nicht beipflichten. Wieviele Schüler in Vaduz seien.

Regierungschef: Die Landesschule zähle 54 Schüler.

Matt: Das sei nun schon etwas anderes, aber die Schule in Eschen könne man doch nicht aufheben. Die Hauptkosten gebe der Lehrer, welchen man in Vaduz auch bezahlen müsse. Wahrscheinlich würde der Lehrer noch mehr kosten, wenn er in Vaduz wäre. Man



könne hier nicht sagen, warum die Schule so schlecht besucht sei. An den 600 Franken sei aber nicht viel aufzuheben.

Präsident : In Vaduz koste ein Schüler 290, in Eschen aber 420 Franken. Ueber diese Zahlen könne man reden. Die Frage sei, ob in Vaduz die Kostenziffer falle, wenn die Schülerzahl steige. Dass das ganze eine teure Sache sei, sei klar.

Regierungschef: Er habe die Ueberzeugung, dass die Schule 20 Schüler hätte, wenn die Schule in Mauren wäre. Wir haben verschiedene Grenzwächter ~~Schüler~~ im Unterlande, die gerne ihre Kinder in eine Sekundarschule mit Französisch-Unterricht schicken würden. - Man dürfe die Schule nur nach Mauren verlegen. Er könne telephonisch anfragen, ob überhaupt ein Eschner die Schule besuche. Matt habe seinerzeit wegen Verlegung nach Mauren verhandelt, aber es seien Schwierigkeiten gekommen.

Er würde die Aufhebung der Schule bedauern, dagegen wäre er bereit, die Schule nach Mauren zu verlegen.

Wachter: Er würde missverstanden werden, wenn er als Gegner der Schule betrachtet würde. Die Kosten seien aber für 12 Schüler unverhältnismässig gross. Wenn das nächstes Jahr wieder komme, so würde er Antrag auf Aufhebung stellen. Das gehe nicht mehr, für 12 Schüler könne nicht mehr soviel ausgegeben werden. Die Schule scheine nicht zu entsprechen, weil sie nicht anders besucht sei. Auch in Schaan habe er bei einer Konferenz von einem Lehrer gehört, dass die Schule nicht entspreche.

Präsident: Teilweise sei Wachter zu unterstützen. Anderswo würde man nur für eine Spezialschule soviel ausgeben. Er liest weiter.

Regierungschef: zu den gewerblichen Zeichenkursen bemerkt, er, dass jetzt viele Gemeinden Kurse haben. 1920 sei Egger als Kursleiter hieher gekommen. zuerst sei nur 1 Kurs gewesen, dann 2 und 3 und jetzt viele.

1924 seien in Balzers	<del>17</del> <sup>27</sup>	Schüler,
Mauren	9	Schüler,
Triesenberg	16	Schüler,
Schaan	16	Schüler,
Bendern	17	Schüler,
Vaduz	18	Schüler und
Triesen	7	Schüler.



Das scheinen nun auf den ersten Blick viele Kurse, es sei aber nicht so. Es habe die Absicht bestanden, den jungen Leuten entgegenzukommen. Man habe während und nach dem Kriege wenig Berufe gelernt und das sei ein Schade gewesen. Jetzt sei das aber wieder anders. Man werde die Kurse am Schlusse inspizieren. In allen Kurse seien zirka 100 Schüler. Man hoffe, dass 1500 Franken reichen, wenn nicht, müsse man später mehr bewilligen.

Wachter : Begrüsst, dass die Summe aufgenommen werde. Der Posten könnte aber höher bemessen werden. Er würde mehr einsetzen. Auch würde er mehr einsetzen für Lehrmittel für arme Schulkinder. Er habe Gelegenheit gehabt, mit Lehrschwestern darüber zu sprechen. Es fehle vielfach auch an den Familien. Es sei gut, dass das Land etwas tue, mit der Volksausbildung sollte nicht gespart werden.

Präsident: Man habe geglaubt, mit dem Ansatz auszukommen. Wachter habe keinen bestimmten Antrag gestellt.

Wachter: Ihn befremde es nur, dass der Kredit ermässigt wurde.

Regierungschef: gibt über die Ferienkurse Auskunft. Es war beabsichtigt, einen Referenten für Landwirtschaft zu gewinnen, der in einem mehrtägigen Kurse die Lehrer für die geplante Fortbildungsschule ausgebildet hätte. Er werde später über den Stand der Abschaffung des 9. Schuljahres referieren.

Präsident: Er möchte die Referenten ersuchen, sich der Kürze zu befleissen, wenn wir den Voranschlag in drei Tagen abfertigen sollen.

Wachter: kommt noch einmal zurück auf die Ferienkurse. Es solle etwas eingesetzt werden, dass armen Schulkindern mehr gegeben werden könne. Was eingesetzt sei, sei zu wenig. Bei der 2. Beratung werde er einen bestimmten ~~an~~ Vorschlag machen.

Präsident: liest weiter. Es komme noch ein Posten von 2000 Franken für das Handwerk.

Regierungschef: gibt Auskunft über unvorgesehene Ausgaben für 1924.



Quaderer: Letztes Jahr seien 2000 Franken eingesetzt gewesen.

Präsident: weist auf die Spartendenz hin.

Titel III:

Regierungschef: gibt eingehende Auskunft, über das Erfordernis für Strassen, Kanäle und Brücken für 1924.

Wachter: fragt wegen den Ausführungskosten für die Triesenberger Strasse.

Regierungschef: gibt eingehende Auskunft.

Wachter: Die Kosten werden nicht reichen. Er habe auch gehört, dass die Wegmacher ihre Materialien im Auslande beziehen. Das soll nicht sein, wenn das Werkzeug zu gleichen Preisen hier erhältlich sei.

Regierungschef: Er habe hievon keine Kenntnis gehabt, ~~sonst~~ hätte er <sup>werden</sup> sich beim Bauamt erkundigt.

Präsident: gibt Auskunft über die Wegmacher.

Wachter: Es habe sich ergeben, dass sich Regierung, Bauamt und Landtag nicht verstanden haben. Gassner und er haben gesagt, man solle richtige Arbeiter anstellen, ihnen aber einen rechten Lohn geben.

Präsident: verliest ein Gesuch der Wegmacher und ein spezielles Gesuch des Wegmachers Beck von Schaan. - Er erwähnt, dass die Schweizer das saubere Kies von der Rufe holen und unsere Strassenverwaltung im Winter das Kies 1 halbe Stunde weit führt. Der Wegmacher regt daher mit Recht an, dass das Kies zu günstiger Zeit gerichtet werde. Die Kommission sei auch der Ansicht, dass die Hauptarbeit im Sommer getan werde. Die Kommission habe daher beschlossen, eine Lohnerhöhung zu gewähren, dafür soll dann die Regierung die Unfallversicherung ~~gewähren~~ <sup>abschliessen</sup>.

Wachter: Es handle sich nicht um Minnallöhne und auch nicht um Höchstlöhne, es handle sich nicht um das, sondern sie wollen Leute, die etwas können und diese sollen auch bezahlt werden.

Quaderer: Er begreife den Abg. Wachter. Er habe Gelegenheit gehabt, mit Wegmacher Beck in Schaan zu sprechen. Es fehle nicht am guten Willen, namentlich auch nicht beim Kiesrichten. Er



wäre auch dafür, dass nach der Leistung bezahlt werde. Beck in Schaan sei ein fleissiger, tüchtiger Arbeiter und 8 Franken seien im Sommer nicht zu viel. Bezüglich der Aushilfsarbeiter sei zu sagen, dass gerade diese meistens viel kosten.

Walser: Allgemein wird gerügt, dass die Strassen in ihrer Güte zurückgehen. Dem gegenüber haben wir heuer 62000 Franken gegen 66.000 Franken im letzten Jahre budgetiert. Er könne nicht beurteilen, wie die Strassen gehoben werden können, wenn weniger ausgegeben werde. Er hätte lieber statt des Einnahmenüberschusses einen grösseren Betrag für die Besserung der Strassen ausgegeben. Er habe letztes Jahr schon gesagt, dass wir hier über etwas sprechen, was in das Bauamt gehöre. Man könnte auch die Frage ventilieren, ob nicht eine Brechmaschine angeschafft werden soll, eventuell unter Beihilfe des Landes durch einen Privaten, Es wäre weiter zu untersuchen, ob nicht mit einer Dampfwalze (und Bruchschotter) die Strassen verbessert werden sollten. Es gäbe eine gute Strasse, wenn Bruchschotter mit einer Dampfwalze eingewalzt werden würde. Im Uebrigen würde er noch 2000 - 3000 Franken einsetzen, die die Regierung im Einvernehmen mit der Finanzkommission für kleinere Strassenverbreiterungen etz. verwenden könnte. Es hat keinen Wert, wegen 120 Franken den Landtag zu belästigen. Die Regierung sollte mit der Finanzkommission das Recht haben, solche Ausgaben zu bewilligen.

Präsident: Die Zahlen stimmen für 1923 nicht. Er liest diese Zahlen vor. Die 1924er Rechnung sei noch nicht herausgegeben. Man habe aber immer die Ausgaben der ersten 3/4 Jahre berücksichtigt.

Peter Büchel : Wir vergäuden jedes Jahr viel Zeit mit diesem Posten. Wie Walser richtig betont habe, soll das die Regierung mit dem Bauamt regeln, wir können nicht vom Kiesbeschaffen reden. Das gehört vor das Bauamt. Wir seien Laien. - Unsere Strassen kommen immer mehr zurück, das sehe bald jeder Laie. Er möchte den Wegmachern nicht nahe treten. Er habe gesehen, dass die Strasse von Schaan nach Nendeln gut sei. Die Unterländer Wegmacher seien gut,



die andern kenne er nicht. Wenn aber billiges und gutes Kies aus dem Ausland bezogen werden kann, so sei das ein Vorteil. Die Schweizer beziehen auch Steine aus dem Auslande. Wir könnten das auch so machen, wenn unsere Steinbrüche nicht gut seien.

Was die Strassen durch die geschlossenen Ortschaften anlange, so müsse wegen des Autoverkehrs bald etwas gemacht ~~werden~~ werden. Die Anrainer leiden sehr unter einer Entwertung. Andernorts werden die Strassen geteert, um die Anwohner vor Staub zu schützen. Darauf müssen wir denken, dass Abhilfe geschaffen wird, z. b. in Schaan, Vaduz, in Nendeln, wo den ganzen Tag Autos vorbeirasen. Alle Zimmer gegen die Strasse verstauben. So gehe es bald in jeder Gemeinde. Die Autos verkehren bald auf jeder Strasse. Die Sache sollte auch vom Bauamt geschehen. Er habe auch gesehen, dass etwas für die Eschner Brücke vorgesehen sei. Die Brücke sei sehr primitiv erstellt worden und werde immer wieder reparaturbedürftig. Warum man da nicht etwas anderes gemacht habe.

Walser: Gegenüber Beck habe er zu bemerken, dass die Einsparungen nur auf Kosten der Güte der Strassen erfolgt seien. Die Staubplage sei sehr lästig. Man müsse durch die Freigabe des Autoverkehrs trachten, die Strassen in den Ortschaften zu verbreitern. Dem Staubübel würde schon mit einer guten Beschotterung abgeholfen, besonders wenn man bedenke, dass die Strasse mehr mit Erde als mit Kies belegt sei. Das gebe erstens doppelte Kosten und zweitens mit der Zeit schlechte Strassen. Dieser Umstand leuchte auch Laien ein.

Peter Büchel: Er könne Walser nur unterstützen. Er habe ~~ganz~~ kürzlich gesehen, wie Dreck auf die Strasse aufgeführt worden sei. Die Sache gehört aber vor das Bauamt.

Präsident: liest weiter, nachdem keine Anträge gestellt werden. Bei der Post für die Triesenberger Strasse hält er inne.

Wachter: Er habe nicht gewusst, dass die Triesenberger Strasse nur 20.000 koste, er habe das erst im Finanzgesetze gelesen.



Präsident: Das sei nicht richtig, er gibt Aufklärung, dass die Triesenberger Strasse in ein ausserordentliches Budget komme und dass im heurigen ordentlichen Budget nur die 1. Rate per 20.000 + 6000 Franken Zins aufgenommen sei.

Wachter : Man soll den Leuten kein Sand in die Augen werfen.

Präsident: Protestiert dagegen. Es sei buchhalterisch richtig, wie man die Sache mache.

Regierungschef: weist auf die Botschaft hin, (ausserordentliches Budget) Seite 5. Erwähnt auch die ausserordentlichen Ausgaben für Telephon und Telegraph anhand der Botschaft. Es müsse ein Kabel gelegt werden, das für viele Jahre herhalte. Der Verkehr sei eben viel grösser geworden. Er ~~verweist~~ verweist auf verschiedene Ziffern in der Verkehrsstatistik. Wir müssen 3 Jahre bauen und das kostet 80.000 Frs. Wollen wir die Summe auf einmal ausgeben, so müssten wir die Steuern erhöhen. Man habe daher gesagt, die Summe soll in 3 - 4 Jahren getilgt werden. Bei der Triesenberger Strasse habe man gesagt, es sollen 100000 Franken entlehnt werden, die Summe aber in 5 Jahresraten a 20.000 Franken zurückbezahlt werden. Auch für die Rietentwässerung wird man es so machen müssen. Wir bekommen sonst eine Unterbilanz. Wir müssen für diese Herstellungen daher ein ausserordentliches Budget aufstellen. Man sehe die Aufstellung eines ausserordentlichen Budgets auch anderwärts. Wir haben diesen Weg für den richtigen befunden und heuer darum 20.000 eingesetzt, dazu aber 6.000 frs. für Zinsen. Er hoffe, sich klar genug ausgedrückt zu haben.

Wachter: Ihn würde es mehr freuen, wenn die Triesenberger Strasse nur 20.000 Franken kosten würde.

Präsident: Klärt noch einmal auf, dass die Summe im ausserordentlichen Budget noch einmal zum Vorschein kommen werde. Hier scheine nur das auf, was man normal auswerfe. Im ausserordentlichen Budget scheine dann das auf, was man ausserordentlich mache. Früher habe man sich nur mit dem ordentlichen Budget befasst, jetzt aber auch mit einemausserordentlichen. Er habe gesagt, dass die Summe in 5 Raten verrechnet werden soll.



Wachter: Er spreche nicht mehr zu dieser Sache und er werde erst dann wieder darauf zurückkommen, wenn das ausserordentliche Budget zur Behandlung komme.

Präsident: erklärt noch, dass im ausserordentlichen Budget keine neue Schuld mehr aufgenommen werde. Wohl aber werde bei der Post eine neue Schuld geschaffen werden.

Wachter: macht darauf aufmerksam, dass in das ausserordentliche Budget vielleicht noch eine neue Summe komme.

Präsident: Er spreche nur von bekamnten Summen, nicht von der Rietentwässerung.

Wachter : Er sei mit der Auslegung zufrieden.

Präsident: liest weiter. Rheinwuhrbauten. Er müsse noch auf die Alpstrassen zurückkommen. Liest das Referat auf Seite 18 der Botschaft. Es sei nicht klar, wer von den Alpengenossenschaften konkurrenzpflichtig sei. Die ganze Sache sei durch die Stachler Brücke aufgeworfen worden, wo niemand zahlen wollte. Die Schaaner wollten die Hälfte zahlen, die andern aber nicht, man habe daher 180 Franken dem Frieden zuliebe aus der Landeskasse bezahlt. Entgegen dem klaren Sinne des Gesetzes seien die Strassen seinerzeit auf das Land übernommen worden. Nicht einmal ein richtiger Regierungsbeschluss existiere, denn es sei auf dem betreffenden Akte nur eine bezügliche Bleistiftnotiz. Dieser Zustand dauere nun 40 Jahre. Die Finanzkommission habe dazu auch keinen Beschluss gefasst, sondern einfach beschlossen, die Sache dem Landtage vorzulegen.

Wachter: Wenn schon die Brücken hinter dem Berg übernommen werden, so sollen auch die Brücken vor dem <sup>Kolten</sup> Rhein übernommen werden.

Präsident: Es handle sich nicht um die Uebernahme der Brücken. Wir wollen uns für die Zukunft nicht präjudizieren. Wir haben nur das Material zur Hand, das in der Botschaft niedergelegt ist. Ihm scheine es komisch, Strassen zu übernehmen, die Brücken aber nicht, wie das gekommen sei, sei nicht ersichtlich.



Wachter:

Es wäre an der Zeit, dass die Landstrasse auch dem Lande gehörte und auch die Brücken. Man habe schon letztes Jahr davon gesprochen. Es sollte kein Zwischending bei den Strassen sein. Wir übernehmen die Brücken in den Alpen, aber das Land soll auch die Rheinbrücken übernehmen. Die Unterhaltskosten haben wir ohnehin schon.

Präsident: Wenn wir auch übernehmen, sei mit der Schweiz noch nichts geschehen. Wir müssten dann ~~xxxx~~ ein ausserordentliches Budget machen, das sehr ins Geld ginge.

Wachter: weist auf Schaan hin, das für den allgemeinen Verkehr sehr grosse Lasten habe. Sie haben schon das Projekt für die Verbesserung der Brücke, sie haben das Projekt ~~aberxxxxxxx~~ ~~legt~~ schon bezahlt. In der Ordnung wäre es, wenn solche Verkehrsmittel dem Lande gehörten.

Regierungschef: Es handle sich um viele Brücken und um jährlich viele Tausende Franken. Es kommt dazu, dass wir heute niemand mehr an den Rheinbrücken haben und dass die Feuersgefahr viel grösser ist. Die Schädigung durch schweres Fuhrwerk sei auch grösser. Weist auf das Beispiel in Schaan hin. Die Feuersgefahr sei von grösster Bedeutung. Schon heute haben wir 130 km Strassen zu unterhalten und 29 Gesuche liegen zur Behandlung noch vor.

Wachter: Das Risiko des Landes sei nicht so gross, wenn das Land die Brücken geschenkt bekomme. Schaan würde heute nicht ~~Wachter~~ mehr so bauen, wenn die Brücke abgegraben würde.

Präsident: liest das Referat betreffend die Teuftobelbrücke vor. Er würde empfehlen, die Sache heute zu passieren und morgen zu behandeln. Er liest beim Titel Rheinwuhrbauten weiter. Der Techniker sei der Ansicht, dass die Gefahr zu sehr an die Wand gemalt werde. Trotzdem wurden aber 20 % mehr bewilligt. Durch Zeitungsschreibern könne man die Rheingefahr nicht beschwören. Bedauerlich sei aber, dass wir an den bewilligten Kosten gespart haben. Die Kommission habe beschlossen, dass der bewilligte Kredit auch tatsächlich aufgebraucht werde, damit man eine Gewähr habe, dass alles gemacht werde. Er macht hierauf



ausdrücklich aufmerksam. Es wäre Sache des Bauamtes, aber der Landtag soll doch beschliessen, dass die Rheinbauten auch tatsächlich ausgeführt werden.

Wachter: fragt, ob die Regierung mit dem Rheinbaubüro in Rorschach in Verkehr sei. Wie sich der obere Rheindruchstich ausgewirkt habe.

Regierungschef: Ueber diesen Gegenstand werden wir schriftlich etwas bekommen, wenn die Rietentwässerung zur Behandlung kommt. Er habe bei dem Bauamt nachgefragt und erfahren, dass sich die Sache gut entwickle. Der Durchstich werde merkbar sein. Fussenegger habe mit dem Rheinbauleiter Jng. Böhi darüber gesprochen und werde im Gutachten über die Rietentwässerung referieren.

Peter Büchel: Ob man nur ausnahmsweise auf 70 % gegangen sei oder ob man dauernd wieder dabei bleiben will. Früher seien seines Wissens 75 % bezahlt worden.

Präsident: gibt Auskunft.

Peter Büchel: Die Rheinbauten allein helfen nichts, Er werde später zur Rietentwässerung sprechen.

Präsident: Liest beim Posten Rufen weiter.

Wachter: fragt, ob man nicht auf die eine oder andere Gemeinde einen Einfluss ausüben könnte, wegen den Rufebauten.

Präsident: Erwähnt den Streitfall zwischen Vaduz und Schaan.

~~Wacht~~ Regierungschef: Erwähnt das Gutachten des Ing. Peterelli und dass bis heute noch nichts gemacht worden sei. Die Natur werde eines hässlichen Tages ihr Recht fordern.

Wachter: glaubt nicht an den Fall mit Peterelli. Vaduz habe sehr viel gearbeitet. Schaan wollte sich aber letztes Jahr schützen, Vaduz haben sich dagegen gewehrt. Es sollte ein Rückgrat gezeigt werden.

Präsident: Die Regierung soll das zur Kenntnis nehmen. Der Landtag könne diesen Bruderkwitz nicht schlichten.

Er liest weiter Titel IIIk, l, m und liest das Gesuch bezüglich der Eschebrücke vor.



Gubelmann: Die Brücke sei defekt und die Balken gegen Bändern faul. Die Brücke müsse deshalb neu erstellt und könnte erhöht werden. Ob das aber mit 900 Franken geschehen könne, wisse er nicht.

Präsident: Die Kommission war der Ansicht, dass die Brücke gemacht werden soll, nicht aber eine andere als aus Holz wegen der Rietentwässerung.

Marxer: Die Brücke sei faul und müsse gemacht werden. Wenn etwas gemacht werde, soll man etwas rechtes machen.

Gubelmann: Die Brücke soll recht gemacht werden.

Peter Büchel: Wir seien Laien und es sollten solche Sachen ~~in~~ nicht im Landtage behandelt werden. Uebrigens sollten solche Steigungen sowieso ausgeglichen werden. Wasser stehe bei dieser Brücke immer noch, wenn anderswo keines mehr stehe.

Gubelmann: Die Ausfüllung koste wieder einige Tausend Franken-

Präsident: Er schlage vor, den Kredit bewilligen zu wollen.

Peter Büchel: Er sehe nicht ein, dass die Ausfüllung einige Tausend Franken kosten solle. Mit 100 Metern könne viel gemacht werden.

Gubelmann: Allerdings könne mit 100 Metern viel gemacht werden, aber nicht alles.

Wachter: Von einer Staugefahr sehe er nichts. Das Wasser fliesse bei der Brücke vorbei. Man müsste die Strasse höher legen und das soll man mit der Rietentwässerung machen.

Präsident: liest IIIIn weiter und das Gesuch der Gampriner sowie den Bericht des Géometers Ospelt.

Wachter: Ist für die Bewilligung der 2000 Franken.

Präsident: gibt Auskunft, dass man nicht wegen ein paar Autos soviel Geld auswerfen könne, aber sonst soll die Strasse verbessert werden.

Kaiser: fragt, ob die Strasse dann fertig und breit genug sei, wenn man sie bis zum 1. Hause mache, und ob sie von dort breit genug sei auf den hinteren Schellenberg. Auf den hintern Schellenberg sei die Strasse streckenweise kaum 2.50 m breit. Es könne einer nicht neben dem Fuhrwerk laufen.



Gubelmann: Er denke, es gehe mit den 2000 Franken wie mit jenen 1500 für die Strasse Bendern-Ruggell, die heute noch nicht gebraucht seien.

Präsident: Es sollen Ausstellplätze gemacht werden und dann aber jährlich etwas weiter. Die Verbreiterung, wie der Geometer sie Vorschläge koste viel Geld, für die Autos allein können wir nicht soviel Geld auswerfen.

Frick: fragt an, ob die Bodenauslösung inbegriffen sei.

Regierungschef: Das sei nicht der Fall, biete aber wahrscheinlich Schwierigkeiten.

Präsident: liest IIIo. Der letztjährige Kredit sei nicht angegriffen worden. Es liege aber ein Antrag vor.

Regierungschef: In der Finanzkommission waren zuerst 15.000 Franken in Aussicht genommen, Man habe dann von Raten gesprochen, bis die Strasse von Bendern bis nach Ruggell korrigiert sei. Die Regierungsräte Gubelmann und Steger und Oberingenieur Hiener haben einen Augenschein vorgenommen. Er liest die Aeusserung Hieners vor. Die erste Strecke von Bendern-Brücke bis zu den Auhäusern koste inklusive Mauer und Wasserableitung 15.000, die ganze Instandsetzung würde 30.000 Franken verlangen. Das Kollegium habe beschlossen, die 1. Rate auf 12.000 Franken zu erhöhen. Auf einmal 30.000 Franken auszuwerfen, sei zu viel.

Gubelmann: Sie haben die Sache angesehen, wie die Herren wissen, sei der Autoverkehr provisorisch freigegeben werden, wenn der Verkehr dauernd freigegeben werden soll, so müsse die Strasse bis zum Ruggeller Schulhaus korrigiert werden. Das koste aber 30.000 Franken. Beim Ruggeller Schulhaus müsse man einen Uferschutz machen. Mit Kies allein gehe das nicht. Bei den Auhäusern sei eine Verbreiterung bis zur Mühle vorgesehen. Von der Mühle bis Bendern sei eine Verbreiterung und an 2 Stellen eine Versetzung des Dammes nötig.

Präsident: Er werde noch den Antrag Hieners verlesen, die Kommission stehe von neuen Tatsachen.

Büchel-Ruggell: unterstützt Gubelmann und den Regierungschef.



Man sollte jetzt mindestens die 1. Strecke fertig machen, dann aber auch die gefährliche Stelle bei der Schule in Ruggell. Wenigstens sollte aber in einem Jahre die Strasse bis zur Mühle verbreitert werden.

Regierungschef: liest den Bericht Hieners vor.

Präsident: Für den Autoverkehr würde man nicht soviel ausgeben, aber die Sache sei sonst dringend nötig.. Er macht darauf aufmerksam, ob wir verschiedene Posten des Budgets nicht dem Referendum unterstellen sollten in einem eigenen Artikel des Finanzgesetzes. Er sehe nicht ein, warum wir in einem Jahre bis zur Gampriner Mühle verbreitern sollen.

Peter Büchel: Wenn schon die Herstellung auf Jahre verteilt werden soll, so soll wenigstens eine Abteilung fertig gemacht werden. Es handle sich bei der Strecke von Bendern bis zur Mühle um die Sicherheit. Wenn hier ein Automobil und ein Fuhrwerk zusammen<sup>kommen</sup>, so sei es ganz leicht möglich, dass das Fuhrwerk in den Kanal kommt. Wenn man schon den Autoverkehr freigebe, dann Sorge man auch für Strassen. Man habe schon letztes Jahr darüber debattiert, es sei aber scheint's nichts gemacht worden. Heuer soll ein Teil gemacht werden.

Wachter: Hier sei früher eine schwere Sünde begangen worden. Es sei ein Unsinn, heute 15.000 Franken für die verlorene Strecke zu geben. Die Strasse gehört rechts vom Kanal. Dadurch werden dann auch die Güter erschlossen. Versaut sei die Sache schon lange worden. Wenn man heute etwas machen will, so soll man etwas rechtes machen.

Gubelmann: Die Verlegung auf die rechte Kanalseite sei schon vor 15 Jahren behandelt worden, die Gemeinde verpflichtete sich damals, den Boden auszulösen. Die Auslösung des Bodens seit jetzt schwer.

Präsident: Von der Regierung sei ein Antrag da, 12.000 zu bewilligen.

Regierungschef: Er kapriziere sich nicht auf diese Summe. Die Verlegung der Strasse auf das rechte Ufer koste sehr viel Geld. Die Kosten werden so hohe sein, dass wir derzeit im Landtage keine Mehrheit finden. Wenn es gewünscht werde, beschaffe er bis morgen einen Kostenvoranschlag.



Wachter: Die Sache eile nicht so, es seien schon lange Auto gefahren, bevor der Verkehr freigegeben wurde und es sei niemand umgekommen. Er sei nicht für eine Bewilligung von 15.000, lieber aber würde er 40.000 Franken für etwas Rechtes bewilligen.

Walser: Von einer Verlegung könne derzeit keine Rede sein, für eine Verbreiterung aber sei jeder. Es handle sich nicht um den Autoverkehr, sondern um den allgemeinen Verkehr. Wer schon Gelegenheit gehabt habe, bei Schnee die Strasse zu befahren, der steige lieber aus. Die Strasse dort müsste auch erhalten werden wegen der Rheinbauten. Es sei nicht das Gleiche, wo man über Grundstücke gehen könne. Er halte es für sehr zweckmässig, dass man die Strasse bis zur Mühle verbreitere. Es handle sich um den normalen Verkehr. Die Gemeinde Ruggell habe ein Anrecht, dass sie eine Strasse hat, die sie dem Verkehr erschliesst. Es sei nicht mehr als am Platze, wenn man die Strasse verbreitere. Soviel soll man dazu ausgeben, dass man etwas Rechtes machen könne. Im Uebrigen beantragt er Rückstellung bis morgen.

Büchel-Ruggell: Unterstützt Walser. Die Strasse müsse für den gewöhnlichen Fuhrwerksverkehr verbreitert werden, wenn es auch vorläufig nur bis zur Mühle sei.

Gubelmann: Unterstützt Büchel-Ruggell. Wachter habe gesagt, dass niemand verunglückt sei. Wachter sei es nicht bekamt, dass 2 Fuhrwerke überaus geworfen worden seien. Es sei nur deshalb niemand verunglückt, weil es nicht gerade in der Nähe des Kanales gewesen sei.

~~Die~~

Präsident: Die Sitzung wird bis morgen unterbrochen.

Schluss 6 Uhr.

Die Schriftführer:

Der Präsident:

*Gubelmann*

*Duch*

Aufgenommen :